

# Newsletter März 2024

## Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

über Entscheidungen rund um Krieg und Frieden muss gerungen, ja auch gestritten werden. Aber die Tonlage, mit der das derzeit geschieht, befremdet mich doch, besonders wenn diese Stimmen aus Koalitionskreisen kommen.

Unser Kanzler hat dem Einsatz von Taurus-Marschflugkörpern und Bodentruppen in der Ukraine eine klare Absage erteilt – eine aus meiner Sicht besonnene und vernünftige Entscheidung, die er nach eingehender Abwägung der Eskalationsrisiken getroffen hat. Solch ein weitreichendes Waffensystem, das übrigens Experten zufolge nicht kriegsentscheidend wäre, könnte Deutschland zum direkten Kriegsbeteiligten machen und die Sicherheit unseres Landes und Europas gefährden. Zu dieser Einschätzung ist Olaf Scholz gekommen. Seiner Entscheidung, die er mit all seinem Wissen und internationaler Erfahrung getroffen hat, vertraue ich. International wird die Position des Kanzlers respektiert, während hier in Deutschland mit fragwürdigen Argumenten fahrlässig Verunsicherung geschürt wird.

Die Behauptung, Deutschland lasse die Ukraine im Stich, ist weit entfernt von der Wahrheit. Die Bun-

desregierung unterstützt die Ukraine seit dem Beginn des Angriffskrieges umfassend, damit sie sich verteidigen kann. Nach den USA ist Deutschland ihr größter Unterstützer, etwa durch die Lieferung von Munition, Luftverteidigungsgerät und Waffen, aber ebenso mit humanitärer und wirtschaftlicher Hilfe. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern haben wir uns jetzt über weitere Hilfen verständigt, damit sich die Ukraine erfolgreich verteidigen kann. Damit wird unterstrichen: Europa steht geschlossen an der Seite der Ukraine. Wir werden unsere Unterstützung so lange fortsetzen wie erforderlich. Eine Botschaft, die insbesondere an den russischen Aggressor gerichtet ist.

Trotz der angespannten politischen Lage wünsche ich Ihnen und Euch ein schönes Osterfest. Wir alle können in dieser ereignisreichen und turbulenten Zeit ein paar erholsame Tage gebrauchen. Danach geht es wieder frisch ans Werk.

Ihre/Eure

*Heike Baehrens*



# Lebensleistung anerkennen. Wir stehen für eine stabile Rente.

Eine stabile Rente ist kein Luxus, sondern sichert einen würdigen Lebensstandard im Alter. Sie ist die Grundlage unserer sozialen Marktwirtschaft und Garant für sozialen Frieden. Zum 1. Juli steigen die Renten um 4,57 Prozent – und das zum ersten Mal einheitlich in Ost und West. Vor einem Jahr lag die Rentensteigerung bereits bei 4,39 Prozent im Westen und 5,86 Prozent im Osten. Der starke Arbeitsmarkt und gute Lohnabschlüsse machen das möglich.

Damit die Bürgerinnen und Bürger sich auch zukünftig auf die Rente verlassen können, setzen wir mit dem Rentenpaket II eines der zentralen sozialdemokratischen Versprechen um und stabilisieren das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent. Damit sorgen wir dafür, dass die Renten auch weiterhin mit den Löhnen steigen können und Rentnerinnen und Rentner so an der Wohlstandsentwicklung teilhaben. Zudem gewährleisten wir mit dem Generationenkapital, dass der drohende Anstieg der Rentenbeiträge in den 2030er Jahren gedämpft werden kann, ohne dass mit den Beiträgen an der Börse spekuliert wird. Das hilft dabei, die Beiträge im Lot zu halten und das Rentenniveau zu sichern.

Das wesentliche Fundament für eine starke Rente ist ein stabiler Arbeitsmarkt. Das bedeutet gute Löhne durch Tarifbindung, Unterstützung von Beschäftigten im Wandel der Arbeitswelt durch Weiterbildung, gute Arbeitsbedingungen und auch eine gelingende Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Denn je mehr Menschen wir zukünftig

in Arbeit bringen, desto stärker ist die Rente. Das ist die Grundlage für eine stabile Rente von morgen.

Eine klare Absage erteilen wir denjenigen, die das Renteneintrittsalter weiter erhöhen möchten. Für Millionen Rentnerinnen und Rentner, die schlicht nicht bis 70 oder länger durchhalten können, würde eine Erhöhung des Eintrittsalters faktisch eine Rentenkürzung bedeuten. Viele von ihnen wären von akuter Armut im Alter bedroht. Das wird es mit uns nicht geben. Die Vorstellungen der Union gehen an der Realität vieler Bürgerinnen und Bürger vorbei. Statt uns auf solche Debatten einzulassen, investieren wir lieber in gute Arbeitsmarktpolitik. Und wir sorgen für Reha- und Präventionsmaßnahmen, damit möglichst alle Erwerbstätigen ihren Job gesund bis zum Renteneintritt ausüben können.

**WAS DIE UNION WILL:**

Dass Ihr auch **über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten müsst!**

**WAS WIR SICHERSTELLEN:**

Dass Ihr **spätestens mit 67** in Rente gehen könnt!

**SPD** Fraktion im Bundestag

Foto: picture alliance/gpa | Kay Nietfeld



# Bürgergeld vs. Grundsicherung – Chancen geben statt bestrafen

Die CDU will das Bürgergeld – das mit ihren Stimmen erst 2022 beschlossen wurde – grundlegend umbauen. Sanktionen und Druck statt Förderung und Unterstützung – das ist der Plan. Wer zumutbare Jobs ablehne oder mehr als einmal nicht zu Terminen erscheine, dem sollen die Sozialleistungen unbefristet und komplett gestrichen werden, die Vermögensprüfung soll wieder eingeführt und die Grenzen für Schonvermögen abgesenkt werden. Statt Weiterbildung und Qualifikation zu fördern, will die Union den Vermittlungsvorrang wieder einführen. Damit wurden in der Vergangenheit Menschen in schlecht bezahlte und befristete Jobs gezwungen, die ihnen keine Perspektive boten. Es ist richtig, dass die Sozialverbände den Vorstoß der CDU als äußerst verantwortungslos kritisieren. Die ständigen Debatten über Sanktionen auf dem Rücken der Schwächsten gehen an der Realität vorbei.

Totalverweigerer, die die CDU im Blick hat, sind höchst selten und diejenigen, die nicht zu Terminen erscheinen, haben häufig tiefgreifende psychische Probleme wie etwa Depressionen. Und die Arbeitsagentur erklärt, dass für circa 18 Prozent der erwerbsfähigen Bürgergeldbeziehenden eine Arbeit deshalb nicht zumutbar ist, weil sie zum Beispiel kleine Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder zur Schule gehen. Ihnen würde man mit den von der CDU angedrohten weitreichenden Sanktionen die Existenzgrundlage entziehen. Das soll christlich sein? Sozial ist es definitiv nicht.

Die Abkehr vom Sanktionssystem Hartz IV war richtig und wichtig. Mit dem Bürgergeld werden Arbeitssuchende aktiv unterstützt, in dem sie dauerhaft in gute Arbeit vermittelt und nicht in den nächstbesten befristeten Niedriglohnjob vermittelt werden. Mit dem Ausbau der Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten begegnen wir effektiv dem Fachkräftemangel. Es ist gut, wenn man auf einen vielgesuchten Beruf umschulen kann und damit eine sichere und langfristige Erwerbsperspektive bekommt. Selbstverständlich gibt es klare Pflichten zur Mitwirkung, zur Suche von Jobs und vielem mehr im Bürgergeld. Diese aber sind menschlich und folgen dem Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes.

Ein Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt: Unsere Bürgergeld-Reform wirkt. Nie waren mehr Menschen in sozialversicherungspflichtiger Arbeit. Als die CDU damals das Bürgergeld im Bundestag mitbeschlossen hat, hat sie sich noch mit sachlichen Argumenten an der Debatte beteiligt. Heute geht es Friedrich Merz offenbar nicht mehr um eine seriöse Debatte, sondern um medienwirksamen Populismus. Mit ihren Vorschlägen trägt die Union dazu bei, das diskriminierende Vorurteil, alle Arbeitslosen seien faul, in den Köpfen der Bevölkerung zu zementieren. Das ist einfach nur schäbig und geht auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft.

# Unterwegs im Landkreis



Mit der Pflegeausbildung 4.0 – Digitalisierung in der Pflegeausbildung – startet die Emil-von-Behring-Schule in Geislingen in die digitale Zukunft. Das im Bau befindliche Skills-Labor ist ein Leuchtturmprojekt in unserem Landkreis.

Die Europawahl im Blick – spannender Austausch mit Schülerinnen und Schülern am EU-Projekttag. Gestartet bin ich im Freihof-Gymnasium Göppingen in der Klassenstufe 10, dann ging's weiter zur 8. Klasse der Silcherschule Eislingen und zum Abschluss noch zwei Runden mit den 10. Klassen beim Schulverbund Süßen.



Über ein Vierteljahrhundert Aufbau von Beschäftigungsangeboten für langzeitarbeitslose Menschen, Großmeisterin im Netzwerken, Management mit Herz, Kämpferin für Gerechtigkeit – großer Dank an Karin Woyta, die als Geschäftsführerin der Staufener Arbeits- und Beschäftigungsförderung dem Landkreis große Dienste erwiesen hat.

## EINLADUNG

zur Vernissage der Ausstellung  
mit Fotografien von

*Peter Poller und  
Heiko Herrmann*

**Sonntag, 14. April 2024**

**11.00 Uhr**

im Roth-Carrée, Schillerplatz 10  
in Göppingen

**SPD** **BÜRGER  
BÜRO**



Diskussionsveranstaltung

## In guter Verfassung?!

Fraktion  
vor Ort

Wie erhalten wir Freiheit, Demokratie  
und Rechtsstaatlichkeit?



mit  
Heike Baehrens, MdB  
und  
Dr. Johannes Fechner, MdB



Montag, 15. April 2024  
18:00 Uhr  
Alter Farrenstall, Im Freihof 16  
73035 Göppingen-Faurndau

Um Anmeldung per E-Mail an [heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de) wird gebeten.

## 31 Termine

Montag, 8. April bis Freitag, 12. April  
Sitzung des Deutschen Bundestages

Sonntag, 14. April  
11:00 Uhr

Vernissage der Ausstellung mit den  
Fotografien von Peter Poller und  
Heiko Herrmann  
Bürgerbüro

Montag, 15. April  
18:00 Uhr

Veranstaltung „In guter Verfassung?! -  
Wie erhalten wir Freiheit, Demokratie  
und Rechtsstaatlichkeit?“ mit dem  
Parlamentarischen Geschäftsführer und  
Justiziar der SPD-Bundestagsfraktion  
Dr. Johannes Fechner, MdB  
Alter Farrenstall, Göppingen-Faurndau

Dienstag, 16. April  
14:00 Uhr

Austausch mit dem leitenden Direktor  
Hermann Steinle  
Amtsgericht Göppingen

Mittwoch, 17. April  
15:00 Uhr

Bund-Länder-Gruppe Krankenhausreform  
Berlin

Donnerstag, 18. April  
16:00 Uhr

Bürgersprechstunde  
Bürgerbüro

19:00 Uhr

Gespräch mit dem Ortsverein Süßen  
Naturfreundehaus Süßen

Samstag, 20. April  
10:00 Uhr

Podiumsgespräch der offenen Kirche  
Württemberg zum Thema „Relevanz von  
Diakonie für Kirche und Gesellschaft“  
Evangelische Hochschule Ludwigsburg

Montag, 22. April  
15:00 Uhr

Besuchergroupe aus dem Wahlkreis und  
politische Gespräche  
Berlin

Montag, 22. April bis Freitag, 26. April  
Sitzung des Deutschen Bundestages

Samstag, 27. April

Europäischer Protesttag zur  
Gleichstellung von Menschen mit  
Behinderung  
Marktplatz Göppingen

Montag, 29. April bis Dienstag, 30. April  
Büroklausur des Team Baehrens  
Göppingen

### Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10  
73033 Göppingen  
Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74  
[heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de)

### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159  
[heike.baehrens@bundestag.de](mailto:heike.baehrens@bundestag.de)

[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de) [www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb) [www.instagram.com/heikebaehrens](https://www.instagram.com/heikebaehrens)

**SPD**